

Das Christliche in der Politik und die Integration des Islam

REDE VON DR. WOLFGANG SCHÄUBLE, BUNDESMINISTER DES INNERN

Am 8. Juni 2009 versammelten die Konrad-Adenauer-Stiftung, Bildungswerk Hannover, und der Landesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen in Niedersachsen (LACDJ) über 300 Gäste im Maritim Grand Hotel Hannover. Neben einer ausführlichen Podiums- und Publikumsdiskussion stand die mit Spannung erwartete Rede des Bundesinnenministers, Dr. Wolfgang Schäuble, im Mittelpunkt des Interesses, die wir hiermit für die interessierte Öffentlichkeit und unsere Veranstaltungsteilnehmer dokumentieren.

Rede

von Bundesminister

Dr. Wolfgang Schäuble

am 8. Juni 2009 in Hannover

Vor wenigen Wochen hat es in Berlin einen Volksentscheid nach einer längeren Auseinandersetzung über das Für und Wider religiösen Bekenntnisunterrichts gegeben. Eine von der Union, den Kirchen, auch vom Zentralrat der Juden, einigen islamischen Organisationen und Prominenten unterstützte Bürgerinitiative versuchte, die Religionspolitik des rot-roten Senats zu kippen. Ihnen als Juristen muss ich den rechtlichen Hintergrund des Konflikts nicht erklären; Sie kennen auch das Ergebnis des Volksent-

scheids. Die Vorgeschichte der Auseinandersetzung in Berlin aber ist – bei allen rechtlichen Besonderheiten des Landes Berlin in religionsverfassungsrechtlichen Fragen – aufschlussreich für die Frage nach der Zukunft des Christlichen in der Politik und für die Beantwortung dieser Frage in einer Zeit, in der uns die Integration von Millionen Muslimen und ihrer Religion intensiv beschäftigt. Wir haben hier in der Tat Defizite. Deswegen hat die Bundeskanzlerin am Beginn dieser Legislaturperiode es als einen Schwerpunkt unserer Politik bezeichnet, die vorhandenen Defizite zu bekämpfen, was wir mit großer Kontinuität in Bund, Ländern und Kommunen tun.



Als Anlass für die Einführung des allgemein verpflichtenden wertorientierenden Schulfachs Ethik in Berlin diente dem rot-roten Senat ein grausames Verbrechen, in dem Integrationsprobleme und religiöser Funda-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BILDUNGSWERK HANNOVER
JÖRG JÄGER

August/September 2009

www.kas-hannover.de
www.kas.de

mentalismus eine Rolle spielten. Hatun Sürücü – eine junge türkische Mutter, die sich aus ihrer Zwangsehe gelöst und in Berlin ein selbstbestimmtes Leben begonnen hatte – war 2005 von Angehörigen ihrer Familie ermordet worden, weil sie angeblich gegen die Familienehre und gegen die Ehre Gottes verstoßen hat. So sehr sich die Experten auch einig sind, dass die Legitimierung eines solchen angeblichen „Ehrenmordes“ mit traditionellen Geschlechterrollen und einem angeblich islamischen Familienverständnis jeder Grundlage entbehrt: der Öffentlichkeit hat sich der Mord an Hatun Sürücü genau so eingebrannt. Vielen gilt er als Sinnbild gescheiterter Integration von Zuwanderern mit einer anderen, nämlich der islamischen Religion.

In Berlin meinte man, die Antwort müsse darin bestehen, ein verpflichtendes Schulfach einzuführen, das Werte in einer generell von Religion abgetrennten Weise vermittelt. Um die vielen Religionen in Berlin – die Rede ist oft von 140 eingetragenen Religionsgemeinschaften – zu integrieren, ist es nach dieser Auffassung notwendig, das gesellschaftliche Gespräch über Werte und Lebensorientierung möglichst frei von Religion und religiöser Orientierung zu halten. Das ist die Auffassung, die der Einführung des Ethik-Unterrichts zugrunde liegt. Nach dieser Logik muss die Präsenz neuer Religionen in Deutschland und insbesondere die Integration von Muslimen auf Kosten des Christlichen in Politik und Gesellschaft von statten gehen. In Berlin machte man das konkret am konfessionellen Religionsunterricht fest, der in eine Randstellung abgedrängt wurde, im Kontrast zur religionsverfassungsrechtlichen Praxis fast aller anderen Bundesländer.

Hinter dem speziellen Problem, um das in Berlin gestritten wurde und gestritten wird, steht die grundsätzliche Frage, wie sich

Christliches in der Politik verbinden lässt mit einer Gesellschaft, die religiös pluraler wird. Nicht wenige – in Berlin, aber auch anderswo in Deutschland – sind der Ansicht, die Integration der Muslime und damit die Eingliederung des Islam in unsere Gesellschaftsordnung sei auch deshalb schwierig, weil unsere politische Kultur noch zu christlich sei. Wir sollten, das ist damit gemeint, säkularer werden, uns von diesen Traditionen verabschieden, um angemessen mit den Herausforderungen einer als „multikulturell“ bezeichneten Gesellschaft umgehen zu können.

Ich will ganz deutlich sagen, dass ich das für rundherum falsch halte. Natürlich haben wir eine religiös plurale Gesellschaft, und jeder, der sich für unser Land verantwortlich fühlt, jeder Politiker, jeder Bürger, muss ein Interesse daran haben, dass wir gemeinsam die institutionellen Formen finden, die dem auf rechtlicher, politischer und gesellschaftlicher Ebene entsprechen. Aber das bedeutet nicht, dass wir den neu zu uns Hinzugekommenen zuliebe all das aufgeben sollten, was traditionell zu unserer eigenen Kultur gehört. Ich bin dem Konzept des „Multikulturalismus“ immer skeptisch gegenüber gestanden, und zwar genau aus diesem Grund.

Richtig ist, dass das Christliche in der Politik nicht auf Kosten der religiösen Vielfalt in unserem Land betont werden darf. Das ist auch verfassungsrechtlich völlig unbestritten und unbestreitbar. Christliche Politik darf im Kontext der Integration von Muslimen weder bedeuten, dass nur christlich geprägte Politiker sich über die Rolle des Islam Gedanken machen, noch dass der Staat sich nach christlichem Ebenbild gewissermaßen einen Wunschislam zimmert, der dann exklusiver Ansprechpartner ist. Diese Fragen müssen wir im gemeinsamen Gespräch angehen und aus diesem Grund ha-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BILDUNGSWERK HANNOVER

JÖRG JÄGER

August/September 2009

www.kas-hannover.de

www.kas.de

be ich 2006 die Deutsche Islam Konferenz ins Leben gerufen.

Aber auch der Dialog erübrigt nicht die Frage, wie das Christliche in einer religiös pluralen Gesellschaft in die Politik eingebracht werden kann. Denn ganz gleich, zu welchen Ergebnissen ein solcher Dialog führt, stellen die demografischen Veränderungen in Folge von Migration gerade christlich geprägte und gesinnte Politiker vor ungewohnte Aufgaben. Ob es gelingt, mit den Wählerinnen und Wählern immer wieder in Verbindung zu bleiben, Verbindung herzustellen, zu kommunizieren, ist letzten Endes entscheidend für den politischen Erfolg. Wählerinnen und Wählern verfügen öfter als früher nicht über den christlichen Bildungs- und Erfahrungshintergrund, der christlich geprägten Politikern die Kommunikation und das Erzielen eines gemeinsamen Verständnisses mit den Bürgern erleichtert könnte.



Das Podium im Maritim Grand Hotel Hannover, (v.l.n.r.): Der ehemalige thürinische Justizminister Harald Schliemann, KAS-Bildungswerksleiter Jörg Jäger, LADCJ-Landesvorsitzender Lothar C. Rilling, Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble und Justizminister Bernd Busemann

Mit dieser Wirklichkeit müssen wir umgehen lernen. Denn wie immer genau die religiöse Entwicklung in unserem Teil der Welt im 21. Jahrhundert aussehen wird – und das kann niemand so genau vorhersehen –, scheint mir doch eines klar zu sein: sie wird nicht zurückführen zu einer Zeit, in der man an der Herkunft eines Deutschen schon sagen konnte, ob er evangelisch oder katholisch war; und in der etwas anderes als diese beiden Möglichkeiten ohnehin kaum in Frage kam.

Aber all diese Veränderungen machen christliches Engagement in der Politik nicht

unmöglich. An dieser Stelle liegt aus meiner Sicht der Trugschluss des Säkularismus. Ich bezweifle auch ausdrücklich, dass uns eine solche Abstinenz irgendeinen Ansehensgewinn bei unseren islamischen Mitbürgern oder in islamischen Ländern bringen würde. Denken Sie an den Karikaturenstreit vor einigen Jahren. Die Empörung, dass in einem europäischen Land eine solche als grobe Missachtung von Religion empfundene Veröffentlichung geschehen konnte, war in weiten Teilen der islamischen Welt groß. Aber es half nichts darauf hinzuweisen, dass es in Europa auch analoge Karikaturen zu christlichen Motiven gibt. Die Kritik richtete sich dagegen, dass religiöse Themen überhaupt so dargestellt werden dürfen. Verstehen sie mich nicht falsch: Was immer man von jenen Karikaturen halten mag, sie zu veröffentlichen war von der Pressefreiheit gedeckt, und ich bin fest davon überzeugt, dass die Freiheitsrechte des Grundgesetzes nicht verhandelbar sind. Aber es ist eben illusionär zu meinen, Muslime hätten gegen eine vollkommen säkulare Gesellschaft weniger einzuwenden als gegen christliche Traditionen und christliches Engagement – ich glaube, das Gegenteil ist der Fall.

Das mag auch daran liegen, dass viele Muslime nicht den Irrtum der Säkularisten teilen, dass ein Engagement aus religiösen Überzeugungen heraus gleichzusetzen ist mit einem politischen Verständnis von Religion. Das sind zwei verschiedene Dinge. Es gibt ja die eine christliche Politik genauso wenig wie die eine jüdische, buddhistische oder islamische Politik. Ich spreche bewusst nicht von christlicher Politik, sondern vom Christlichen in der Politik, und wir christlichen Demokraten haben auch nie gesagt, dass wir einen Monopolanspruch darauf hätten, das Christliche in der Politik zu vertreten oder dass die Heilige Schrift eine Art Parteiprogramm sei. Das sind zwei verschiedene Dinge und das ist die Voraussetzung für die Universalität der Menschenrechte und für die Freiheitsordnung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BILDUNGSWERK HANNOVER
JÖRG JÄGER

August/September 2009

www.kas-hannover.de
www.kas.de

Es ist aus meiner Sicht wichtig für die Zukunft unseres Gemeinwesens, dass wir das Christliche in der Politik nicht verlieren. Das will ich an zwei ganz wesentlichen öffentlichen und privaten Funktionen von Religion deutlich machen.

Der erste Grund ist, dass Politik in der Demokratie aus dem Engagement lebt. Das betrifft Berufspolitiker genauso wie alle Bürgerinnen und Bürger, die sich an politischen Debatten beteiligen. Politik wird immer von Menschen gemacht, und Menschen bringen immer ihre eigene Persönlichkeit einschließlich ihrer religiösen Prägung – auch Areligiosität ist eine religiöse Prägung – in die Politik mit ein. Und das ist vollkommen richtig. Das Christliche in der Politik ist für mich also zuallererst Politik, die von Christen gemacht wird. Ich selbst bin Protestant, und diese Tatsache hat für mein politisches Engagement immer auch große Bedeutung gehabt.

Aber es geht hier nicht so sehr um mich persönlich als um das allgemeine Prinzip. Es kann uns in der demokratischen Gesellschaft nicht gleichgültig sein, wenn Menschen das Interesse an der Politik verlieren. Und das geschieht, wie wir alle wissen und beim Studium von Wahlbeteiligungen immer wieder sehen können, leider allzu leicht. Ein Grund dafür mag sein, dass viele Entscheidungen inzwischen auf Ebenen getroffen werden, die von der Lebenswirklichkeit durchschnittlicher Menschen weit entfernt sind. Viele verbinden das mit dem Stichwort Globalisierung. Sie verursacht ein Unbehagen, das sich – und dazu trägt die aktuelle Finanzkrise zusätzlich stark bei – in einem Mangel an Vertrauen in und Engagement für etwa auch das Europäische und für die Europäische Union niederschlägt. Wer von Ihnen gestern bei der Europawahl mitgemacht hat, das sind hoffentlich alle, und vorher für die Europawahl und die Teilnahme gewonnen hat, weiß ungefähr, wovon ich spreche.

Aber auch schon auf der Ebene des Bundes geht es vielfach um Fragen, deren Bedeutung für das konkrete Zusammenleben der Menschen nicht immer leicht zu vermitteln ist. Das ist einer der Gründe, warum ich so überzeugt bin, dass das Subsidiaritätsprinzip bleibende, ja sogar größer werdende Bedeutung hat. Es steht nicht im Widerspruch zur Globalisierung, sondern seine Bedeutung steigt geradezu mit der Komplexität politischer Zusammenhänge. Das Prinzip besagt, dass wir möglichst dezentral, möglichst bürgernah entscheiden, zunächst einmal gar nicht durch staatliche Organe, sondern in den Familien, in der Verantwortung des Einzelnen, im ehrenamtlichen Engagement, dann in der Kommune, in den Ländern, dann im Bund und in Europa. Wenn es uns nicht gelingt, wichtige Entscheidungen in den Ländern und bei den Kommunen zu belassen, riskieren wir einen noch stärkeren Anstieg der Politikverdrossenheit, der für die Demokratie eine nicht zu unterschätzende Gefahr darstellt.

Damit kommen wir zu der Frage, welche Werte und Kräfte den Einsatz einzelner Bürger oder auch von politischen Gruppen motivieren. Für mich scheint es unstrittig, dass bei uns nach wie vor religiöser Glaube und insbesondere der christliche Glaube eine ganz wichtige Motivation ist – nicht nur, wenn es um Religionsfragen geht, wie jetzt in Berlin. Die Bandbreite politischer Themen mit unmittelbarem Bezug zu religiösen Werten ist weit; sie reicht von sozialen und karitativen Aufgaben von Staat und Gesellschaft über die Kinderbetreuung und Schulbildung bis hin zum Engagement für ethische und politische Grundsatzfragen im Umweltschutz, der Stammzellforschung oder im Asylrecht. Es ist gut, dass wir Quellen ethischer Überzeugung haben und dass es viele Menschen gibt, die aus solchen Quellen schöpfen und aus solchen Quellen politische Überzeugungen entwickeln.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BILDUNGSWERK HANNOVER
JÖRG JÄGER

August/September 2009

www.kas-hannover.de
www.kas.de

Wir wissen als Demokraten, dass auch aus dem Religiösen keine politischen Wahrheiten zu ziehen sind. Unsere freiheitliche Ordnung lebt gerade vom Wettkampf der Meinungen und existiert aus der Überzeugung heraus, dass durch kontroverse Diskussion mehrheitsfähige Lösungen gefunden werden.

Die Bedeutung des Christlichen in der Politik erschöpft sich aber nicht darin, Quelle für individuelles Engagement zu sein. Ein wichtiges Problem aller modernen Gesellschaften ist die Frage nach ihrer Identität, die Frage, was die Menschen zusammenhält. Die moderne Lebensführung macht uns immer mehr zu Individuen: immer mehr Menschen arbeiten für sich, sie leben entweder allein als Singles, in längeren oder kürzeren Partnerschaften oder in eher kleineren Familien. Auch die Freizeitgewohnheiten werden immer individueller, unterschiedlicher und auch kurzfristiger.

Es soll niemand die guten Seiten dieser Entwicklung gering schätzen. Sie erlaubt vielen Menschen einen stärker selbstbestimmten Lebensstil, der den eigenen Wünschen und Bedürfnissen entspricht, ein Mehr an Freiheit. Aber wir bezahlen dafür einen Preis, und der besteht darin, dass es uns immer schwerer fällt zu sagen, was uns eigentlich noch verbindet. Das kann für moderne Gesellschaften ein großes Problem werden. Darauf hat der französische Sozialwissenschaftler Emile Durkheim schon vor hundert Jahren hingewiesen – also lange vor der Zeit, in der unzählige Fernsehkanäle, Social Networks und Internet-Chatrooms aufkamen. Durkheim sah den Rückgang der gemeinsamen Religion als wichtigsten Faktor dieser bedrohlichen Entwicklung, nicht zuletzt, weil er als einer der ersten auf die verbindende Rolle der Religion für die Gesellschaft aufmerksam machte.

Ich glaube, auch heute hat Religion eine solche verbindende Rolle. Und das ist der zweite wichtige Grund, warum wir auf das Christliche in der Politik nicht verzichten sollten. Auf die Frage, was Menschen in einer Gesellschaft wie der unseren zusammenhält, antworten manche, das sei der Verfassungspatriotismus. Diejenigen, die so argumentieren, meinen, dass allein die Überzeugung vom demokratischen Wert unserer Institutionen ausreicht, um ein ausreichendes Gemeinschaftsgefühl zu erzeugen. Natürlich ist solche gemeinsame Überzeugung von großer Bedeutung und sie hat Grund in unserer gelungenen Verfassung. Und wir alle sollten dazu beitragen, dass wir stolz sind auf unsere Verfassung und die von ihr garantierte Ordnung und dass wir sie auch verteidigen. Aber ich glaube nicht, dass Verfassungspatriotismus genug ist.

Der Soziologe Karl Otto Hondrich hat einmal gesagt, dass jede Gesellschaft „geteilter Gefühle“ bedarf: „Vom Einklang der Gefühle geht ein eigener Zauber aus: der Zauber der Einheit.“ Man kann das bei jedem Fußball-Länderspiel sehen. Wir feuern unsere eigene Nationalmannschaft an und nicht die der Franzosen oder der Niederländer, obwohl wir doch alle ähnliche Verfassungswerte haben. Es muss also etwas geben, das tiefer geht. Eine der wichtigsten Quellen und Ressourcen für solche geteilten Gefühle stellt nach wie vor die christliche Religion dar. Sie ist, in den Worten des kanadischen Sozialphilosophen Charles Taylor, eine wichtige „Quelle des Selbst“, ein nach wie vor nicht erschöpfter Ursprung gemeinsamer deutscher und europäischer Identität.

Es sind gemeinsame Werte und gemeinsame Vorstellungen vom Menschen, seiner Existenz, von der menschlichen Gesellschaft und von der Art des Zusammenlebens, die uns verbinden. Wenn man sich mit diesen Fragen beschäftigt, kommt man ziemlich schnell und zwangsläufig auf die Fragen nach dem Davor und dem Danach, die

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BILDUNGSWERK HANNOVER
JÖRG JÄGER

August/September 2009

www.kas-hannover.de
www.kas.de

durch alle Fortschritte der modernen Naturwissenschaften nicht wirklich zu erklären sind. Dafür brauchen wir Religion.

Diese Bedeutung von Religion verschwindet nicht dadurch, dass unsere Gesellschaft religiös pluraler geworden ist. Denn zum einen kommt es auf die Verbindung der Menschen überhaupt, also auf die Überwindung eines reinen Individualismus an, der dem gesellschaftlichen und politischen Engagement im Wege steht. Sie wird auch dann von religiösen Gemeinschaften geleistet, wenn sie nicht mehr von der gesamten Bevölkerung geteilt werden. Die *gesamte* Bevölkerung in Deutschland war ja ohnehin nie christlich – das sollten wir nicht vergessen –, und die Fiktion, es wäre so, hatte ihre dunkle Seite in der Ausgrenzung und Diskriminierung der jüdischen und anderer Minderheiten. Umgekehrt haben die christlichen Kirchen aber nicht ihre Bedeutung verloren, weil wir plötzlich entdeckt haben, dass unter uns auch viele Muslime leben. Das Christentum und die großen christlichen Kirchen leisten einen wichtigen Beitrag zur politischen Identität in unserem Land. Sie erreichen nach wie vor viele Menschen. Und sie verbinden sie miteinander – im gemeinsamen Leben des Glaubens und auch durch die vielen Denkanstöße, die Christen in unseren öffentlichen Debatten geben.

Das Christentum hat auch durch seine jahrhundertelange Prägung unserer Kultur eine bleibende Bedeutung für unsere Identität. Ob wir nun auf architektonische Kunstwerke blicken wie den Kölner Dom oder an Musik wie Bachs Matthäuspassion oder Beethovens Missa Solemnis denken. Auch Gemälde und Skulpturen und nicht zuletzt unsere klassische und moderne Literatur – überall hat der Einfluss des Christentums prägende Spuren hinterlassen. In Wahrheit ist unsere Kultur ohne ein hinreichendes Maß an christlicher Alphabetisierung gar nicht zu begreifen.

Dasselbe gilt auch für unser Rechtssystem und die politische Ideengeschichte, aus der heraus es sich entwickelt hat. Wir können auch in diesem Sinn vom Christlichen in der Politik sprechen und etwas ganz Offensichtliches meinen: dass jeder Politiker in Deutschland, ganz gleich welcher Religion er angehört, welchen Glauben er hat und ganz gleich ob er es weiß oder nicht, in seinem politischen Handeln Teil einer Tradition ist, die Jahrhunderte lang vom Christentum geprägt war und die uns heute noch in unserem Denken und Handeln beeinflusst.

Aber wenn so viel von der verbindenden Rolle der Religion und speziell des Christentums gesprochen wird, unterschlägt man dann nicht die eher unerfreuliche Kehrseite? Hat nicht Religion, hat nicht gerade das Christentum immer wieder Anlass zu Streit, zu Dissonanzen, zu Ausgrenzung und auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und Kriegen gegeben? Dieser Vorhalt ist berechtigt, und deshalb müssen wir heute, wo wir vor der Herausforderung einer immer pluraler werdenden Gesellschaft stehen, auch dieser Seite der Religion ins Auge blicken. Wie können wir die verbindenden Kräfte der Religion nutzen, ohne zum Opfer ihrer Potentiale zu Segregation und Konflikt zu werden?

Ein wichtiger Beitrag besteht darin, auf das zu sehen, was die großen Religionen verbindet. Das ist eine ganze Menge. Ich nenne einmal zwei Einsichten: Zum einen schließt der Glaube an Gott die Erkenntnis ein, dass der Mensch nicht unbegrenzt ist. Gerade die gegenwärtige Finanzkrise zeigt einmal wieder die tief in uns steckende Maßlosigkeit. Der Gottesgedanke, der Respekt vor einem Wesen, das uns unsere eigene Begrenztheit aufzeigt und dem gegenüber wir für unsere Handlungen verantwortlich sind, ist ein gemeinsames Element zumindest der bei uns dominierenden monotheistischen Religionen. Der frühere Dresdner Bischof Reinelt

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BILDUNGSWERK HANNOVER
JÖRG JÄGER

August/September 2009

www.kas-hannover.de
www.kas.de

hat das bei einer Gedenkveranstaltung zur Zerstörung seiner Heimatstadt einmal so ausgedrückt: „Wo immer in der Welt einer nicht mehr weiß, dass er höchstens der Zweite ist, da ist bald der Teufel los.“

Aus dem Gottesgedanken folgt zugleich auch eine ethische Verpflichtung dem Mitmenschen gegenüber. Nach der jüdisch-christlichen Tradition ist der Menschen als Ebenbild Gottes geschaffen. Deshalb ist die Verehrung Gottes unmittelbar mit der Achtung vor der Würde der Menschen verknüpft. Diesen Zusammenhang bringt die Bibel mit dem Doppelgebot der Liebe zum Ausdruck: Alle Gebote können auf das Gebot der Gottesliebe und der Nächstenliebe reduziert werden. Dieser Gedanke hat in unserem Grundgesetz zur Postulierung der „Würde des Menschen“ geführt.

Was bedeuten nun diese Überlegungen für die Integration der Muslime und die Eingliederung des Islam in unsere freiheitliche Gesellschaft und Lebensordnung? Ich will den Grundgedanken, der mich zur Einberufung der Deutschen Islam Konferenz veranlasst hat, so beschreiben: Die deutsche Gesellschaft, die deutsche Politik muss lernen, den Islam als einen selbstverständlichen Teil unserer Wirklichkeit zu begreifen. Das ist ein Lernprozess für uns. Umgekehrt müssen die unterschiedlichen islamischen Gruppen und die nicht organisierten Muslime in Deutschland lernen, sich als Teil der deutschen Gesellschaft zu betrachten. Das schließt – darüber gibt es in der Islamkonferenz gar keinen Dissens – eine Bereitschaft zur Akzeptanz bestimmter Grundregeln unseres Zusammenlebens ein. Das sind in erster Linie die geltenden Gesetze, aber eben auch die Werte, auf denen diese Gesetze beruhen. Dazu gehört auch der Respekt für die gewachsenen Traditionen und Prägungen unseres Landes, also auch für unsere vom Christentum beeinflusste Kultur.

Diese gegenseitige Akzeptanz auch öffentlich zum Ausdruck zu bringen ist eine wesentliche Leistung der Deutschen Islam Konferenz. Alle Repräsentanten des muslimischen Lebens in Deutschland haben sich dort im 3. Plenum im März letzten Jahres zur „vollständigen Beachtung der deutschen Rechtsordnung und der Werteordnung des Grundgesetzes“ bekannt. Das gemeinsame Verständnis geht aber noch viel tiefer: Es beinhaltet ausdrücklich das Bekenntnis zur Säkularität der öffentlichen Ordnung und zu den Grenzen religiöser Freiheit, wie sie unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung besitzt. Dieses gemeinsame Bekenntnis ist ein wichtiger Fortschritt gegenüber früheren Erklärungen einzelner muslimischer Verbände, weil es keinerlei Einschränkungen oder Vorbehalte mehr enthält.

Im Zwischenresümee der Islamkonferenz finden sich weitere wichtige Aussagen. Von allen Teilnehmern ist anerkannt worden, dass ein gedeihliches, friedliches und respektvolles Zusammenleben aller Menschen – gleich welchen Glaubens – in unserem Land die Integration aller Menschen in die freiheitlich-demokratische Gesellschaftsordnung voraussetzt. Die Verbände haben auch zugestimmt, dass die in ihr zum Ausdruck kommenden Rechte und Pflichten der Einzelnen wie auch ihrer Zusammenschlüsse für jeden, der in Deutschland lebt oder leben will, verbindlich sind. Ausdrücklich haben die Mitglieder der Konferenz von Zuwanderern die aktive Bereitschaft zu Erwerb und Gebrauch der deutschen Sprache verlangt. Umgekehrt hat sie festgestellt, dass die Mehrheitsgesellschaft gefordert ist, in Deutschland lebende Muslime als gleichberechtigten Teil der deutschen Gesellschaft anzuerkennen und zu respektieren.

Interessant für unsere Frage nach der Zukunft des Christlichen in der Politik sind auch die Aussagen der Islamkonferenz zur privaten und öffentlichen Rolle von Religion. Religiöse Gebote oder religiöse Werte, so

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BILDUNGSWERK HANNOVER
JÖRG JÄGER

August/September 2009

www.kas-hannover.de
www.kas.de

haben es die Teilnehmer gemeinsam formuliert, könnten einen wichtigen Beitrag zu einem sinnerfüllten Leben des Einzelnen und zu einem konstruktiven Miteinander in der Gesellschaft leisten. Die religiöse Freiheit des Einzelnen finde jedoch dort ihre Grenzen, wo sie im Gegensatz zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung steht. Deshalb sei es die gemeinsame Verantwortung des Staates und seiner Bürger, ein demokratisches Miteinander auf der Grundlage der deutschen Rechtsordnung und der Werteordnung des Grundgesetzes zu fördern. Es sei die Aufgabe des Staates, die Rechte aller Bürger zu schützen und Bestrebungen gegen die freiheitliche Demokratie zu begegnen. Das ist eine Absage an Fundamentalismus.

Trotz solcher klärender Aussagen wird von manchem noch immer bezweifelt, dass ein gemeinsames Engagement von demokratischem Staat und islamischen Bürgern auf der Basis des Grundgesetzes und unserer freiheitlichen Ordnung überhaupt möglich ist. Gelegentlich werde ich gefragt: Verträgt sich der Islam überhaupt mit der Demokratie? Nun, wer ein wenig über die Geschichte des deutschen Protestantismus weiß, der wird sich nicht aufs hohe Ross schwingen können. Es brauchte immerhin 200 Jahre und die totale Katastrophe des Zweiten Weltkriegs, bis es den deutschen Protestanten in ihrer Mehrheit möglich war, die Demokratie anzunehmen und aus dem Glauben heraus zu begründen.

Der Islam und die Muslime in Deutschland haben diese Zeit nicht. Angesichts der großen Probleme unserer Zeit wird es schneller gehen müssen. Deshalb müssen wir die Frage stellen, wie es um die politische und ethisch-soziale Dimension des Islam bestellt ist.

Wie die anderen monotheistischen Religionen erhebt der Islam den Anspruch, neben der Beziehung zwischen Gott und Mensch

auch das menschliche Zusammenleben zu regeln. Anhänger der Religion sind aufgefordert, ihre Handlungen an einem bestimmten, auf religiösen Vorschriften basierenden ethischen Wertesystem auszurichten. Der Islam wird von seinen Anhängern als eine Religion beschrieben, die hinsichtlich der zwischenmenschlichen Beziehungen eine Religion der Gerechtigkeit, der sittlichen Vollkommenheit, der Barmherzigkeit und des Friedens sei. Der Schutz dieser Güter soll nach dem Verständnis der Moslems selbst Aufgabe des islamischen Rechts, der Scharia sein.

Gleichzeitig zeigt die Geschichte des Islam aber auch, dass seine Grundgedanken historisch und geographisch stark variieren. Der Islam ist keine monolithische Größe – so wenig wie Christentum oder Judentum –, die überall und zu allen Zeiten unverändert auftritt. Im Gegenteil: Er erweist sich als ausgesprochen anpassungsfähig an politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen; nur das erklärt auch seinen globalen Erfolg, der sich nicht auf die Länder des Nahen Ostens beschränkt, sondern weite Teile Süd- und Ostasiens und Nordafrikas mit umfasst.

Im Vergleich mit den uns vertrauten christlichen Institutionen muss außerdem bedacht werden, dass den islamischen Konfessionen keine dem Papst der katholischen Kirche vergleichbaren zentralen theologischen Autoritäten vorstehen. Der Islam ist auch nicht in Form einer „Kirche“ organisiert. Das ist eines der Probleme, die wir bei der Frage des islamischen Religionsunterrichts als Bekenntnisunterricht an staatlichen Schulen, der eine Partnerschaft zwischen Staat und Kirche voraussetzt, haben. Der Islam ist keine Kirche. Vielmehr haben einige, wenn auch nicht die meisten Staaten der islamisch geprägten Welt seit der Auflösung des Kalifats 1924 den Islam in die eigene staatliche Bürokratie eingegliedert, um den Bereich der religiösen Anleitung und Religi-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BILDUNGSWERK HANNOVER
JÖRG JÄGER

August/September 2009

www.kas-hannover.de
www.kas.de

onspraxis zu kontrollieren. Das ist in der Türkei der Fall und in einer Reihe anderer islamischer Länder.

Für die Verständigung mit den deutschen Muslimen bringt das ein nicht geringes praktisches Problem mit sich. Die in Deutschland lebenden Muslime orientieren sich in religiösen Fragen in starkem Maße an ihren Herkunftsländern. Das umfasst die von den jeweiligen Staaten kontrollierten Formen des Islam, aber auch die Opposition dagegen und alternative, orthodoxe wie fundamentalistische und liberale Strömungen. Die überwiegende Mehrheit der Muslime in Deutschland stammt aus der Türkei und deswegen dominieren auch bei uns die türkischen Sichtweisen und Bruchlinien des Islam. Nachhaltig ändern wird sich das wahrscheinlich erst, wenn es in Deutschland und Westeuropa zur Entwicklung einer eigenständigen, auf die hiesigen Gegebenheiten gestützten islamischen Theologie kommt. Davon sind wir bislang noch weit entfernt. Die wenigen von islamischen Gelehrten besetzten Lehrstühle, die wir bislang haben, reichen jedenfalls nicht aus, den religiösen Diskurs der Muslime oder gar des globalen Islam nachhaltig zu beeinflussen.

Und doch zeigen sich innerhalb des Islam interessante Entwicklungen – gerade in Fragen, die aus unserer westlichen, demokratischen Sicht für das Funktionieren einer freiheitlichen Gesellschaft grundlegend sind. Ich habe vorhin von der Bedeutung gesprochen, die eine religiöse Begründung der Menschenwürde haben kann. Nun ist es richtig, dass es im globalen Islam gegenwärtig noch einflussreiche Kräfte gibt, die sich dieser Einsicht entweder gänzlich verweigern oder jedenfalls Menschenwürde in einem Sinn verstehen, der unserem Verständnis sehr fremd ist. Menschenwürde wird etwa von der „Würdigkeit“ der einzelnen Menschen abhängig gemacht und so ihrer Erfüllung gesellschaftlicher und religiöser Pflichten nachgeordnet, was im Ergebnis

so ziemlich genau das Gegenteil dessen ist, worum es im Grundgesetz bei der Erwähnung der Menschenwürde geht.

Andererseits leiten immer mehr liberale muslimische Gelehrte aus dem Koran das Konzept der Menschenwürde in einem neuzeitlichen Sinne ab und übersetzen damit den Menschenrechtsgedanken, die Universalität der Rechte des Menschen, in einen islamischen Kontext. In dieser Interpretation wird Menschenwürde als eine unverlierbare Ehre jedes Menschen verstanden, die ihm unabhängig von seiner Religion, auch unabhängig von Geschlecht, Rasse etc. zukommt und die unter allen Umständen respektiert werden muss. Auf der Grundlage des Koran wird argumentiert, dass die Menschenwürde allen Menschen im Zusammenhang mit dem Schöpfungsakt von Gott selbst gestiftet wurde und deshalb weder erst verdient werden muss noch verlierbar ist. Sie ist – ganz wie in unserer Rechtsordnung und der jüdisch-christlichen Tradition – ein unveräußerlicher Besitz des Individuums.

Natürlich ergeben sich bei der Ableitung der Menschenwürde aus dem Koran auch Probleme. Denn der Koran enthält zum Beispiel Regeln zur Stellung der Frau, die mit dem modernen Gedanken von der Menschenwürde nicht vereinbar sind. Die Ehefrau darf einseitig von ihrem Ehegatten sowohl verstoßen als auch – nach „klassischer“ Auffassung – gezüchtigt werden; ihre Stimme zählt vor Gericht nur halb so viel wie die eines Mannes. Aber das sind Probleme, die auch Christen und Juden ähnlich mit der Bibel haben oder hatten, und wenn Menschen heute versuchen, ihr Leben wörtlich nach einem alten Verständnis der Bibel auszurichten, ergeben sich oft analoge Schwierigkeiten mit der modernen Lebenswirklichkeit. Unter liberalen islamischen Gelehrten wächst die Einsicht, dass der Koran Vorschriften enthält, die vor 1.400 Jahren auf

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BILDUNGSWERK HANNOVER
JÖRG JÄGER

August/September 2009

www.kas-hannover.de
www.kas.de

der arabischen Halbinsel sinnvoll gewesen sind, die aber nicht einfach in die Welt des 21. Jahrhunderts übertragen werden können.

Die Entwicklungen im deutschen und im weltweiten Islam sind natürlich widersprüchlich und komplex. Niemand kann sagen, wie sie ausgehen werden. Niemand kann ausschließen, dass in den kommenden Jahrzehnten Fundamentalisten die Oberhand behalten. Aber wir können doch hoffen, dass sich – zum Beispiel bei uns in Europa – ein weltoffener, demokratisch gesinnter Islam herausbildet, der seine religiöse Anziehung für die bei uns lebenden Muslime bewahrt und zum Vorbild wird.

Wahr ist jedenfalls, dass die Mehrzahl der Muslime, die in Deutschland leben, lieber unter den Rahmenbedingungen unserer Rechts- und Freiheitsordnung leben als in der islamisch geprägter Länder. Für unsere Gesellschaft ist es von überragender Bedeutung, dass die Integration der Muslime und ihres Glaubens sich in diesem modernen, freiheitlichen Sinne vollzieht. Ich bin zuversichtlich, dass uns das in Europa gelingen kann. Die Dinge sind in Bewegung, nicht nur in Deutschland, auch in Frankreich, das in der Auseinandersetzung mit dem Islam unter dem damaligen Innenminister und heutigen Staatspräsidenten Sarkozy ein ganzes Stück weit von seiner Grundidee des strikten Laizismus abgerückt ist. Das ist auch deshalb interessant, weil es vielleicht ermöglicht, dass wir auch in Europa – denken Sie an die Debatten um den Gottesbezug in der Verfassung – in eine Entwicklung kommen können, in der wir voneinander lernen und uns aufeinander zu bewegen können. Ich sehe jedenfalls in Deutschland zu dem Weg, den wir mit der Islamkonferenz einzuschlagen versucht haben, keine verantwortbare Alternative.

Natürlich ist das alles eher ein Dialog unter Eliten. Das ist wahr, aber es ist die Funktion von Eliten, dass sie vorangehen und dass sich ihr Ansatz verbreiten schrittweise in immer mehr konkrete Vorhaben münden muss. Schon jetzt aber haben wir auf beiden Seiten eine Menge gelernt und Vertrauen gewonnen. Es ist zum Beispiel deutlich geworden – das findet mittlerweile auch Eingang in die internationale Debatte unter muslimischen Gelehrten –, dass unser Religionsverfassungsrecht verschiedene Wege für eine Kooperation zwischen Staat und Muslimen bereithält. Das passt besser auf die innermuslimische Vielfalt mit ihren nicht kirchenähnlichen Strukturen, als vielen bewusst ist. Möglicherweise bietet es viel mehr Raum für die innerislamische Vielfalt als die Ordnung in den islamisch geprägten Ländern. Ich bin mir jedenfalls ziemlich sicher, dass sich in den kommenden Jahren eine große Vielfalt an Kooperationsformen mit unserem Staat entwickeln wird.

Dass wir deshalb aber vom Christlichen in der Politik Abschied nehmen müssten, sehe ich überhaupt nicht. Im Gegenteil: ich habe zunehmend den Eindruck, dass die Debatten in der Islamkonferenz und die Debatten über den Dialog mit dem Islam zu einem stärkeren Bewusstsein für die wichtige Rolle des Christlichen in unserem Land führen. Selbst manchem „religiös Unmusikalischen“ ist inzwischen deutlicher geworden, wie maßgeblich Werte wie Menschenwürde, Freiheit oder Mäßigung für unser Zusammenleben sind.

Ich habe mich kürzlich nach dem Scheitern der Berliner Initiative „Pro Reli“ mit Bischof Huber unterhalten. Und wir waren uns ziemlich schnell einig, dass die Debatte sich trotzdem gelohnt hat: Das Christliche und politisch engagierte Christen werden gebraucht, heute und in der Zukunft noch mehr. ■